

**Rede  
des sozial- und gesundheitspolitischen Sprechers**

**Uwe Schwarz, MdL**

zu TOP Nr. 34

Erste Beratung

**Lüge darf sich nicht wiederholen -  
Kinderschutzkommission einrichten**

Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/3643

während der Plenarsitzung vom 16.05.2019  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es ist keine Frage: Die Vorkommnisse in Lügde sind abscheulich, widerwärtig und schockierend. Über Jahre hinweg wurden dort mindestens 41 Kinder erniedrigt und vergewaltigt. Fast täglich kommen neue Perversionen ans Licht der Öffentlichkeit, zuletzt Millionen von Fotos und 86.000 Videos. 86.000 Videos von gequälten und misshandelten Kindern! Und, was es noch schlimmer macht: mitten unter uns, jahrelang, und niemand will es mitbekommen haben.

Das macht uns fassungslos, aber es darf uns nicht sprachlos machen. Es ist unsere Aufgabe, alles zu unternehmen, dass sich solche abscheulichen Verbrechen nicht wiederholen können. Mindestens das sind wir den Opfern schuldig. Wir sind ihnen vor allem auch schuldig, dass wir dieses Thema nicht in parteipolitischer Auseinandersetzung bearbeiten.

Viele von uns waren gestern bei den Initiativgruppen für die Kinder von Lügde vor dem Landtag. Es war für mich sehr beeindruckend, mit welcher Besonnenheit und in welcher Gesprächskultur die Eltern gestern mit uns in den Dialog getreten sind. Es gab nicht die üblichen Vorwürfe in Richtung Politik, sondern es ging um das ernsthafte Bemühen, gemeinsam die richtigen Konsequenzen daraus zu entwickeln. Deshalb sage ich auch an dieser Stelle noch einmal herzlichen Dank an diese engagierten Eltern.

Fest steht: Wir haben es hier mit einem jahrelangen Versagen der Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden in Nordrhein-Westfalen und auch im Jugendamt des Landkreises Hameln zu tun. In beiden Fällen hat es erste Konsequenzen gegeben. Es war auch notwendig und überfällig, dass der Landkreis Hameln vorgestern mit breiter Mehrheit beschlossen hat, die Fach- und Kommunalaufsicht um eine Überprüfung aller Organisations- und Verwaltungsabläufe zu bitten.

Allerdings müssen wir in der Tat sehr grundsätzlich an das Thema herangehen und klären, ob es hier ein Systemversagen der Jugendhilfe gibt. Niedersachsen hat sich diesen Themen immer gestellt und war wirklich nicht untätig, wenn es um die Verbesserung des Kinderschutzes ging. Als es um die Aufklärung von

tausendfachen Misshandlungen von Kindern und Jugendlichen in der Heimerziehung der 50er- und 60er-Jahre ging, waren wir eines von zwei Bundesländern, das sich 2009 und 2010 intensiv damit beschäftigt und die Themen aufgearbeitet hat. Als wir Fälle von widerlichen Kindesmisshandlungen hatten, die das Land erschütterten, wurde in allen Bundesländern das verbindliche Einladungsverfahren zu Kindervorsorgeuntersuchungen eingeführt, um so rechtzeitig Missbrauchsmerkmale erkennen zu können. Wir haben ein Kinderschutzzentrum eingerichtet und verfügen seit verganginem Jahr in Hannover, Oldenburg, Osnabrück und Lüneburg über nunmehr vier Kinderschutzzentren und eine Kinderschutzambulanz, angeordnet an die Rechtsmedizin der Medizinischen Hochschule. Zurzeit gibt es in Niedersachsen landesweit 22 Beratungsstellen im Bereich Gewalt gegen Kinder und 43 Beratungsstellen für Mädchen und Frauen gegen sexuelle Gewalt.

Dieses alles hat aber nicht geholfen, um die Vorkommnisse in Lügde zu verhindern und den Betroffenen ein erreichbares Hilfsangebot anzubieten. Deshalb müssen wir das Thema gründlicher anpacken.

Wir werden seitens der Koalition den Landespräventionsrat bitten, eine Arbeitsgruppe zur Aufklärung und zur strukturellen Analyse der Jugendhilfe einzusetzen. Gleiches gilt für den Landesjugendhilfeausschuss mit seinen unabhängigen Fachleuten.

Auch die seit zwei Jahren im Land bestehende Kinderkommission hat das Thema bereits aufgenommen.

Und, meine Damen und Herren, darüber hinaus geht es um noch grundsätzlichere Fragen:

Brauchen wir eine Fachaufsicht über die Jugendämter? Warum ist die Inobhutnahme von bedrohten Kindern teilweise so langwierig? Welche Rolle spielen dabei überlastete Jugendämter und Familiengerichte? Wenn - das ist leider eine faktische Zahl - in jeder Schulklasse mindestens ein bis zwei Kinder Opfer sexuellen Missbrauchs sind: Wie werden unsere Lehrkräfte auf das

Erkennen möglicher Opfer vorbereitet, und wie sieht das in der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher aus?

Das Jugendhilferecht fordert schon heute einen Kinderschutzbeauftragten in jedem Jugendamtsbereich. Könnte man diese vorhandenen Stellen zu Kinderombudsstellen nach skandinavischem Vorbild weiterentwickeln?

Und: Wie finden wir mehr und vor allem gut geeignete Pflegeeltern? - Der Markt ist leer. Die Jugendämter wissen nicht, wo sie Eltern finden sollen. Lügde zeigt, wie gefährlich das werden kann.

Meine Damen und Herren,

Kinder brauchen Rechte. In Artikel 4 a unserer Landesverfassung sind seit 2009 Kinderrechte verankert. Im Grundgesetz hingegen fehlen sie immer noch. Dort gilt nach wie vor das uneingeschränkte Elternrecht. Das hat Folgen für die Rechtsprechung. So manche Eltern - das sage ich hier auch - verwechseln das Sorgerecht hin und wieder mit einem Eigentumsrecht an den Kindern. Die Jugendämter können davon ein trauriges Lied singen.

Wir denken in Deutschland nach meiner festen Überzeugung nach wie vor zu wenig aus der Sicht der Kinder. Das muss sich grundsätzlich ändern.

Meine Damen und Herren,

viele von uns sind selber Eltern und Großeltern. Trotzdem, glaube ich, können wir kaum erahnen, was die betroffenen Kinder, Eltern und Pflegeeltern gerade durchmachen.

So niederträchtig und abstoßend diese Verbrechen sind, beinhalten sie für uns jedoch die große Chance, sich unvoreingenommen, überparteilich und sehr grundsätzlich sowie lösungsorientiert mit notwendigen Konsequenzen zu befassen.

Der Sozialausschuss wird selbstverständlich zu dem vorliegenden Antrag eine öffentliche Anhörung mit Fachleuten durchführen.

Ich kann nur bitten: Lassen Sie uns alle Chancen zur Aufklärung nutzen! Wir sind es den Betroffenen schuldig.